NACHRICHTEN
Österreich

Brückl: Quereinsteiger lösen Schulkrise nicht - Grenzschutz als Lösung!

Hermann Brückl kritisiert Quereinsteiger in Schulen als unzureichend. Er fordert nachhaltige Lösungen für den Lehrermangel.

Wien, Österreich - In der aktuellen Debatte um den Lehrermangel in Österreich hat Hermann Brückl, Bildungssprecher der FPÖ, die Ankündigung kritisiert, Quereinsteiger im Eilverfahren für den Unterricht an Schulen auszubilden. Diese Maßnahme bezeichnet er als Zeichen für das Versagen der ÖVP-geführten Bildungspolitik. Brückl betont, dass der Lehrermangel seit Jahren ignoriert wird und die gegenwärtige Lösung nur ein Versuch sei, das Versagen zu kaschieren. Ihm zufolge kann eine Ausbildung von Quereinsteigern in Einzelfällen hilfreich sein, jedoch ersetzen Schnellkurse und oberflächliche Schulungen keine fundierte pädagogische Ausbildung.

Heute sind an den Pflichtschulen Österreichs rund 4.300 Quereinsteiger aktiv, unterstützt durch knapp 1.100 Lehramtsstudierende und 40 pensionierte Lehrer. Diese Zahlen stammen aus einer parlamentarischen Anfrage der SPÖ, die von Bildungsminister Martin Polaschek (ÖVP) beantwortet wurde. Insgesamt lehren an den Pflichtschulen etwa 70.600 Lehrer, wobei die meisten Quereinsteiger, rund 1.900, in Wien tätig sind. Ab Herbst sollen Lehrgänge für Personen mit passendem Studium und Berufserfahrung an allen Pädagogischen Hochschulen starten, um dem Personalmangel entgegenzuwirken. Das Ministerium rechnet im Vollausbau mit 200 bis 300 Absolventen pro Jahr aus diesen Lehrgängen.

Kritik an Bildungspolitik

Brückl kritisiert zudem, dass Schulen zunehmend Aufgaben übernehmen, die nicht direkt mit der Bildung zu tun haben, wie die Integration von Schülern mit verschiedenen Hintergründen. Er fordert einen klaren Kurswechsel in der Migrationspolitik, um das Schulsystem zu entlasten. Ohne gezielte Maßnahmen zur Kontrolle des Zustroms an nicht oder schwer integrierbaren Schülern würden Bildungsmaßnahmen seiner Meinung nach ineffektiv bleiben.

Für das kommende Schuljahr 2023/24 wurden administrative Assistenzen im Finanzausgleich fixiert, ergänzt durch eine Kofinanzierung des Bundes von bis zu 15 Millionen Euro pro Schuljahr. Diese Mittel könnten in Zusammenarbeit mit den Ländern bis zu 700 Vollzeitkräfte für die Schulsozialarbeit finanzieren. Im laufenden Schuljahr werden bereits 65 Schulsozialarbeiter und 32 Sozialpädagogen vom Bund kofinanziert, während die Verantwortung für Schulsozialarbeit primär bei der Kinder- und Jugendhilfe der Länder liegt.

Zusatzlich unterstützen auch 199 kofinanzierte Schulpsychologen die Pflichtschulen. Dennoch bleibt die Frage bestehen, ob die Einführung von Quereinsteigern in der gegenwärtigen Form die langfristigen Herausforderungen im Bildungssystem nachhaltig lösen kann. Brückls Warnung, dass die aktuellen Ansätze nicht ausreichen, bleibt im Raum stehen.

Insgesamt zeigt die Diskussion, dass die Bildungspolitik in Österreich vor großen Herausforderungen steht, die nicht nur durch eine Erhöhung der Zahl an Lehrern, sondern auch durch strategische Reformen angegangen werden müssen.

Für weitere Informationen siehe **OTS** und **ORF**.

Details	

Vorfall	Bildungspolitik
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **orf.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at